Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 71 (1980)

Heft: 8

Rubrik: Energiewirtschaftliche Rundschau = Tour d'horizon énergétique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die «Grünen» und unsere Energiepolitik von morgen

Die Bildung einer «grünen Partei» bleibt in der Schweiz wohl so lange reine Theorie, als unter dem Dach der «Grünen» Anhänger aller Parteien von links bis rechts, aber auch Vertreter von Alternativbewegungen, von Tier- und Naturschützern, von militanten Systemveränderern Platz haben. Die Kraft der «Grünen» ist immer dann am grössten, wenn sich ganz konkrete Objekte als Angriffsziele darbieten: Wenn also die Errichtung eines Wasserkraftwerks oder eines Atomkraftwerks verhindert werden soll, wenn es um einen Häuserabbruch, um den Bau einer Autobahn, um die Erhaltung eines Biotops, um den Kampf gegen einen militärischen Schiess- und Übungsplatz geht. Den «Grünen» fehlt aber eine tragende Idee, die über ihren Willen, die Technik zum Sündenbock für alle Fehlentwicklungen unserer Zeit zu machen, hinausreicht, wenn sie sich als Konsequenz ihrer Forderungen nicht auch zu einem Abbau unseres Lebensstandards, zu einer Verminderung ihrer persönlichen Lebensansprüche – Auto, Elektrokomfort in Küche und Wohnung –, zu bescheideneren Sozialleistungen, zu weniger Arbeit und geringerem Einkommen bekennen.

Sie sind sich einig in der Negation des heutigen Lebensstils, unserer Wohlstandsgesellschaft. Sie plädieren für ein einfacheres Leben, für eine sanfte Technologie, für das Modewort «small is beautiful». Wie aber eine solche Zielsetzung politisch zu verwirklichen ist, darüber bestehen nur vage Vorstellungen, geschweige denn ein politischer Konsens. Das zeigen wohl am besten die seit Kaiseraugst in der Oeffentlichkeit als gewaltlose Bewegungen auftretenden Gruppen, die zwar spektakuläre Oster- und Pfingstmärsche und Besetzungsaktionen zustande brachten und sich im Fernsehen und in der Massenpresse einen festen Platz zu sichern verstanden, mit ihren radikalen Forderungen nach einem Verbot der Kernenergie beim Gesetzgeber aber kein Gehör fanden.

Merkwürdige Manöverkritik

Spätestens bei der eindeutigen Niederlage, die die Verfechter eines Verbotes der Kernenergie mit der Abstimmung über das revidierte Atomgesetz erlitten, wären eigentlich eine Denkpause und eine Manöverkritik zu erwarten gewesen. Dies wenigstens für jenen Teil der «Grünen», die sich immer auf ihr Bekenntnis zur Demokratie beriefen und deren Wunsch nach einem Ausbau der Volksrechte mit dem breit abgestützten Bewilligungsverfahren und der politischen Hürde des Bedürfnisnachweises durch das Parlament weitgehend honoriert wurden. Es scheint fast, dass man im heterogenen Lager der «Grünen» diese Erfolge jetzt bewusst herunterspielt oder dass man sie gar als Ermunterung dafür betrachtet, zu einem neuen Sturmlauf auf das Feindbild Atomenergie anzusetzen. Die Frage bleibt offen, wie stark die Konkurrenzverhältnisse im bunten Geleitzug der «Grünen» für diese neuen Aktivitäten verantwortlich sind. Politisch sind sie auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen; vor allem fehlt ihnen die Glaubwürdigkeit, weil sie sich stärker als je auf das einzige Feindbild der Atomlobby und eine profitgierige Elektrizitätswirtschaft konzentrieren. Es ist offenbar leichter, gegen Kühltürme und Hochspannungsmasten ins Feld zu ziehen, die Stromtarife als die heimlichen Verführer zu unmässigem Konsum anzuprangern und die vor allem auf das Erlebnis von zwei Weltkriegen zurückzuführende starke Elektrifizierung des Landes als Fehlentwicklung hinzustellen, als die Energiefrage als Ganzes zu betrachten.

Niemand will sich mit Vorstellungen darüber exponieren, was der Schweizer von einer hausgemachten Energiekrise zu erwarten hat; die «Grünen», allen voran die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz und der World Wildlife Fund (WWF), dessen Mitgliederbeiträge längst nicht nur zur Erhaltung bedrohter Tierarten verwendet werden, erstreben mit allen Mitteln ein Nullwachstum der Stromproduktion. Ja sie haben sogar neuerdings jeder Substitution von Erdöl durch Elektrizität den Kampf angesagt, weil diese Art der Substitution für Raumheizungen und Warmwasserzubereitung bei der Bedürfnisprüfung für Atomkraftwerke sonst eine Rolle spielen könnte. Sie haben sich aber noch nie ernstlich mit den Konsequenzen eines Stillstandes unserer Stromproduktion in einer Zeit ständiger Bedarfszunahme ohne eine eigentliche Förderung der Möglichkeiten des Erdölersatzes durch Elektrizität auseinandergesetzt. Vielmehr machen sie für diese Entwicklung mit zunehmender Heftigkeit das für den Stromverkauf weltweit geltende Tarifsystem verantwortlich, das nach dem Kostengesetz eine Abstufung der Preise nach Bezugsmengen, nach Zeit (Tag- oder Nachtstrom) und Leistungsbereitschaft vorsieht, also nicht alle Kilowattstunden dem Klein- und Grossbezüger zum gleichen Preis verkauft. Diese der Fixkostenstruktur entsprechende Tarifpolitik wird heute mit dem Schlagwort «Mengenrabatt» und «aggressive Absatzwerbung» als unvereinbar mit dem Zwang zum Stromsparen hingestellt, obwohl dabei keinerlei Geschenke an bestimmte Bezugsgruppen ausgerichtet werden und das frühere Wertschätzungsprinzip, wie z.B. hohe Lichttarife, niedrige Kochtarife, längst dem reinen Kostenprinzip weichen musste, so dass man auch nicht von künstlichen Anreizen für die Elektroheizung sprechen kann. Übrigens scheinen die Vorkämpfer für eine Tarifpolitik, die den Stromkonsum in Umkehrung des Kostengesetzes bremsen und jeden Mehrverbrauch bestrafen soll, zu vergessen, dass Mengenrabatte bei allen übrigen Energiearten, beim Verkauf von Gas, Heizöl, Benzin, Kohle und Holz, üblich sind und immer dort angewendet werden, wo Marktgesetze und kein staatlicher Dirigismus herrschen.

Die Rolle des Staates in der Energiepolitik

Man muss sich eigentlich wundern, dass der lautstark geführte Kampf der Umweltschutz-Organisationen gegen die heutigen Stromtarife – ein Postulat für die Umwandlung des Elektrizitätsgesetzes mit seinen sicherheitspolizeilichen Vorschriften in ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz mit Eingriffsmöglichkeiten in die Tarif- und Finanzpolitik aller Elektrizitätswerke soll schon bald das Parlament beschäftigten – bei den Konsumentenverbänden bis jetzt ohne Echo geblieben ist. Dieses Phänomen ist offenbar allein damit zu erklären, dass die «Grüne Front» sich bis jetzt fast nur mit ihrem Hauptfeind, der Kernenergie, beschäftigte und dabei auch beträchtliche Abwehr- und Verzögerungserfolge erzielte. Der positive und aufbauende Teil ihres Beitrages für eine zukünftige Energiepolitik– und dabei spielt die Kernenergie nur eine bescheidene Rolle – bleibt aber erst noch zu leisten.

Bei der Klärung dieser Vorstellungen wird sich zeigen, inwieweit die «Grünen» wirklich zu einer einheitlichen politischen Willensbildung befähigt sind und ob ein Konsens der grossen Umweltschutz-Organisationen, der gewaltfreien Aktionen und der vielen lokalen Bürgerinitiativen über die Rolle des Staates in der Energiepolitik von morgen überhaupt möglich ist. Es wird dann unweigerlich zu einer Scheidung des Geistes kommen, und gewiss muss dann auch viel Ballast abgeworfen werden. Bei einem solchen Positionsbezug geht es nicht nur um die Klärung des Verhältnisses zu den politischen Parteien, sondern auch um die Abgrenzungen gegen jene linksextremen Gruppen, die in ihren Schriften kein Hehl daraus machen, das sie eine radikale Systemänderung auf ihre Fahne geschrieben haben.

Die Revoluzzer

Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass sich unter dem breiten Dach der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung Kräfte einnisten konnten, die für den für seine Kinder besorgten, zukunftsverängstigten Bürger nur Hohn und Spott übrig haben und deren Jargon jenem der Anarchisten und Terroristen verzweifelt ähnlich ist. Diese Trittbrettfahrer der Demokratie stellen ihre revolutionäre, nihilistische Gesinnung keineswegs

unter den Scheffel. Ja sie sind offensichtlich auf die vielen ihnen zur Verfügung stehenden publizistischen Kanäle und von linken Buchhandlungen vermarkteten Publikationen stolz. Fraglich bleibt allerdings, woher das Geld für diesen publizistischen Aufwand kommt, deren geistige Urheber sich selber als die Generation der 20-30-jährigen bezeichnet, die auf jede herkömmliche Lebensart pfeifen und noch immer von der Jugendrevolte, vom Globus-Krawall und Hausbesetzungen schwärmen. In ihrem Vokabular findet man alles, was Terroranschläge auf Kernkraftwerke, Brandstiftung und Gewalt gegen den kapitalistischen Klassenfeind zu rechtfertigen vermöchte.

Sie veröffentlichen aber auch eigentliche Steckbriefe über führende Persönlichkeiten unserer Elektrizitätswirtschaft, mit Angabe von Telefonnummer, Automarke und -nummer und Wohnadresse. Jeder, und gewiss auch die Mitglieder des Demokratischen Manifestes, mag sich selber ausmalen, welchen Zwecken ein solches Vorgehen dienen soll. Mindestens die geistigen Urheber der letzten Sprengstoffanschläge in Gösgen und Graben und der Inbrandsetzung der Automobile einiger besonders exponierter Kraftwerkdirektoren sollten mit Hilfe der Publikationen der «Autonomen» nicht allzu schwer zu eruieren sein. Am besten ist wohl die Geisteshaltung dieser anarchistischen Splittergruppe mit ihren Sätzen zu charakterisieren: «Gewalt ist nicht bloss ein Mittel, sondern ein Bedürfnis» oder «Wir alle sind Leute, die so wenig wie möglich arbeiten, das Geld bei den Arbeitslosenkassen holen» oder gar mit dem treuherzigen Bekenntnis «Im Grunde genommen haben wir mehr Angst davor, die AKW könnten reibungslos funktionieren, als davor, dass sie in die Luft fliegen».

Die Frage der Distanzierung

Doch genug damit. Die Beispiele zeigen wohl deutlich, dass es höchste Zeit ist, mit diesem Versteckspiel zwischen Gewaltlosigkeit und Gewalt Schluss zu machen. Noch immer fehlt es an einer klaren Distanzierung, denn mit verbalen Erklärungen, wie sie nach jedem Sabotageakt zu erfolgen pflegen, ist der Glaubwürdigkeit der grünen Bewegung nur halb gedient. Man kann gewiss in guten Treuen für ein Leben ohne Atomkraftwerke, für ein vom Staat erzwungenes Energiesparen, für ein Nullwachstum, für die Rückkehr zu einem einfacheren Lebensstil eintreten. Sicher gibt es auch in allen politischen Parteien von links bis rechts starke Kräfte, deren politisches Handeln von der Vorstellung der Endlichkeit unseres Raumschiffes Erde und der Gewissheit schwindender Rohstoffe und Energieressourcen geprägt sind. Es wäre deshalb verfehlt, die da und dort zwischen den politischen Parteien und den «Grünen» bestehenden Meinungsunterschiede zu vertiefen und einen eigentlichen Grabenkrieg zu etablieren. Die Lösung der Energiefrage in unserem Land wird allerdings durch einseitige Feindbilder, durch eine Verteufelung der Kernenergie, durch künstliche Allianzen, die jederzeit wieder auseinanderfallen können, nicht erleichtert. Es ist durchaus möglich, dass ein Energienotstand trotz der Parole «so wenig Staat wie möglich» einmal zu Eingriffen in unser tägliches Energieverhalten zwingt. Solange wir aber eine «ausreichende» Energieversorgung als Axiom unserer Energiepolitik von morgen betrachten, sollten wir auf jede hausgemachte Erschwerung verzichten, weil die Energie auch in Zukunft der Motor unserer Wirtschaft bleiben wird.

Aus dem Bulletin der Bank Julius Bär & Co. AG

Aus Mitgliedwerken – Informations des membres de l'UCS

Centralschweizerische Kraftwerke, Luzern (CKW)
Revision einer Dampfstrom-Elektrogruppe

Die Firma Steinag AG, Rotzloch, vermachte der CKW vor etwa zwei Jahren eine Dampfstrom-Elektrogruppe, Jahrgang 1889. Diese ist auf einen Holzwagen aufgebaut, der für Pferdezug eingerichtet und mit einem seltenen Postschemel ausgerüstet ist. Sie wurde anfänglich bei Tunnelbauten und später auf Baustellen als Notstromgruppe eingesetzt.

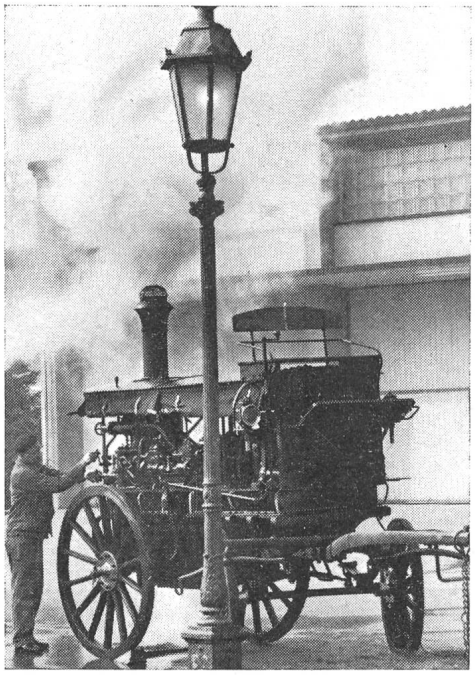

Fig. 1 Die von der CKW revidierte Dampfstrom-Elektrogruppe aus dem Jahre 1889

Die ganze Anlage befand sich in einem sehr schlechten Zustand, war sie doch jahrzehntelang – zum Teil der Witterung ausgesetzt – herumgestanden. Mit viel Geduld und Feingefühl für das Detail zerlegten Facharbeiter der CKW-Garage die Maschine in ihre Einzelteile und reinigten diese sorgfältig; unbrauchbar gewordene Teile wurden neu geschaffen. Unzählige total eingerostete Schrauben waren dabei zu lösen und wieder gängig zu machen.

Es war erstaunlich zu sehen, welch grosses handwerkliches Können die Erbauer der Anlage hatten, wenn man bedenkt, mit welchen Mitteln sie arbeiten mussten.

Mit grosser Spannung wurde nach den Montagearbeiten der erste Probelauf gestartet. Skeptiker zweifelten am Erfolg, die Fachleute waren zuversichtlich. Eitel Freude herrschte, als die Maschine an einem kalten Samstagmorgen nach dem Einheizen zu drehen begann und die Glühlampen zum Leuchten brachte. Höhepunkt war die Abnahme durch den Dampfkesselinspektor.

Hersteller der Gesamtanlage war die Firma Sauter Lemonier & Cie, Paris. Der Dampfkessel, der aus 352 Wärmeröhrchen besteht, explosionssicher ist und das französische Prüfzeichen vom 13. April 1889 trägt, wurde von De Dion Bruton Tripardouse, Paris, gefertigt. Henry Chapmann, Ing. R., Paris, war Erbauer des Dampfmotors. Der 3-Zylinder-Sternmotor wird durch einen Fliehkraftregler reguliert und zeichnet sich durch einen ruhigen Lauf aus. Die Wasserpumpe ist eine Verdrängungskolbenpumpe mit Dampfantrieb, System Worthing, London. Zur damaligen Zeit kannte man die heutigen Kohlebürsten noch nicht. Die Stromabnahme erfolgt durch eine Kupferbürste mit Feineinstellung. Diese konstruktiv grossartige Idee erweckt grosse Bewunderung. Die Wicklung des Generators, noch von Hand eingelegt, erforderte viel Sorgfalt, war doch die damalige Leiterisolation nicht so geschmeidig wie die heutige.

Technische Daten der Anlage

Thermische Leistung	66,97 kW = 57 600 kcal/h
entsprechend einer mechanischen Leistung von	13 kW
Elektrische Leistung	8 kW = 10 PS